

Gemeindebibliothek Goldach
Mühlegutstrasse 20
9403 Goldach

Goldach, 7. März 2016

Per Mail an:
Revision_URG@ipi.ch

Vernehmlassung zum Entwurf des Urheberrechtsgesetzes vom Dezember 2015

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen gerne die Gelegenheit wahr, uns im Rahmen der Vernehmlassung zur Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG) zu äussern. Grundsätzlich sind wir erfreut, dass der Bundesrat das URG einer Teilrevision unterzieht und damit das Gesetz dem digitalen Wandel anzupassen versucht. Als Bibliothek sind wir weitgehend zufrieden, dass der Bundesrat aus Nutzersicht neue Schrankenregelungen vorschlägt, die die Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken besser ermöglichen, insbesondere auch im Internetzeitalter. Damit berücksichtigt der Bundesrat das wichtige Anliegen des Urheberrechts, einen Interessenausgleich zwischen den Urhebern und den Nutzern anzustreben. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass die Bibliotheken als nicht kommerzielle Nutzer bzw. Vermittler von Werken für die Gesellschaft, aber vor allem auch für die Urheber und Urheberinnen selber, einen grossen Mehrwert erbringen, indem sie Zugang, Verbreitung und Erhaltung von Wissen, Kultur und Information sicherstellen, ihre Interessen sind daher besonders schützenswert. Zu den Kritikpunkten und den Details der vorgeschlagenen Änderungen verweisen wir auf die unten aufgeführten Erläuterungen sowie auf die Stellungnahme unserer Interessengruppe SAB/CLP, welche die Interessen der öffentlichen Bibliotheken vertritt, die vor allem von einer Bibliothekstantieme existentiell betroffen wären.

Vorne weg möchten wir anmerken, dass die Revision aus Bibliothekssicht zwei wesentliche Chancen im vorliegenden Entwurf nicht wahrgenommen hat. Einerseits wäre es im „globalen Zeitalter“ dringend erforderlich, dass der grenzüberschreitende Verkehr bzw. die entsprechende Nutzung von urheberrechtlichen Werken durch das Urheberrecht bzw. seine rein territoriale Anwendung nicht begrenzt würde. Im Vergleich dazu, sucht die EU nach Lösungen eines „Digital Single Market“ für die gesamte EU (vgl. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6261_en.htm); dieser Entwicklung sollte sich die Schweiz nicht verschliessen, sonst droht SIE im Bereich der Wissens- und Kulturvermittlung ins Abseits zu geraten. Im Weiteren hat der Bundesrat, trotz mehrfachem Wunsch von Seiten der Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Aufnahme eines Zweitveröffentlichungsrechts noch nicht entsprochen.

Zu den einzelnen Gesetzesartikeln:

- Art. 13 URG Vermieten und Verleihen von Werkexemplaren

Wir lehnen die Einführung eines zusätzlichen Verleihrechts (Bibliothekstantieme) nach Art. 13 URG ab.

Wir lehnen eine zusätzliche Vergütung auf das Verleihen von Werkexemplaren dezidiert ab. Bereits in Vergangenheit haben die Autoren- & Autorinnenverbände eine solche Bibliothekstantieme gefordert, welche aber mehrfach vom Parlament abgelehnt wurde. Die vorgesehene Bibliothekstantieme bringt einen grossen finanziellen und administrativen Mehraufwand für Bibliotheken und andere Institutionen, wie beispielsweise Archive und Bildungseinrichtungen. Dabei ist noch vollkommen unklar, wie gross die finanzielle Mehrbelastung sein wird. Die Bibliotheken befürchten allerdings schmerzhaftes Vergütungsansprüche der Verwertungsgesellschaften. Bei einer Vergütung pro Ausleihe von 5 Rappen, würde das bei einer Ausleihzahl von 65'000 pro Jahr 3'250.00 CHF ausmachen. Konkret wäre das 11 % des jährlichen Medienbudgets.

Wie im erläuternden Bericht des Bundesrates zur Gesetzesrevision nüchtern festgehalten wird, werden durch die Bibliothekstantieme die Budgets der Bibliotheken belastet werden, auch wenn die Befürworter der Tantieme dies bestreiten. In Zeiten von Sparmassnahmen und kleiner werdenden kantonalen und kommunalen Budgets wird die öffentliche Hand für diese zusätzliche Mehrbelastung jedenfalls nicht aufkommen. Eine solche zusätzliche Belastung der Bibliotheksbudgets erschwert den Bibliotheken die Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrags, der Allgemeinheit kostengünstigen und möglichst umfassenden Zugang zu Information, Wissen und Kultur zu verschaffen. Dabei ist anzumerken, dass das Ziel des vorliegenden Vorschlags eigentlich die schweizerische Literaturförderung ist, dazu ist jedoch das Urheberrechtsgesetz nicht vorgesehen. Zudem wird der grösste Teil der Einnahmen aus der Bibliothekstantieme ins Ausland abfliessen, da der überwiegende Teil der Werke in den Bibliotheken von ausländischen Autoren und Autorinnen stammt.

Sollte der Art. 13 URG entgegen unserer Forderung dennoch in der vorgeschlagenen Version ins revidierte URG aufgenommen werden, sind bezüglich der redaktionellen Ausgestaltung des Entwurfs von Art. 13 URG noch folgende Anmerkungen zu machen:

- Art. 13 URG geht weit über das Ziel hinaus und erfasst alle Werkarten, also nicht nur Bücher, sondern beispielsweise auch Werke der bildenden Kunst in Museen. Damit wäre auch der Leihverkehr von Museen und ähnlichen Institutionen betroffen.
- Bezüglich der Nutzungshandlungen ist der Entwurf im Weiteren viel zu umfassend. Neben dem Vermieten und Verleihen ist noch das „sonst wie zur Verfügung stellen“ erwähnt. Dies könnte so ausgelegt werden, dass beispielsweise das Nutzen der Präsenzbestände in den Bibliotheken ebenfalls unter die Bibliothekstantieme fallen würde oder auch der bibliothekarische Dokumentationslieferdienst.

- Art. 19 Abs. 3bis URG

Begrüssst wird die Klärung des Art. 19 Abs. 3bis URG. Wir fordern allerdings die Streichung von „Absatz 3“ im letzten Teilsatz.

Art. 19 Abs. 3bis URG wurde bei der letzten URG-Revision 2007 eingeführt, einerseits mit dem Ziel der Verhinderung von Doppelbelastungen im Zusammenhang mit dem Download bzw. der Vervielfältigung von bezahlten Angeboten im Internet, beispielsweise dem Kauf von Musik über iTunes und dem folgenden Kopieren auf einen CD-Rohling. Konkret sollte verhindert werden, dass durch die Kopiervergütung nach Art. 20 URG die Nutzer doppelt Vergütungen bezahlen müssen, einmal für den Kauf/die Lizenz über das Internet und ein zweites Mal für die Kopiervergütung nach Art. 20 URG. In der Regel ist das weitere Vervielfältigen durch die Vergütung gemäss Lizenzvertrag an den Anbieter bereits bezahlt, weshalb auf solche Werknutzung Art. 20 URG keine Anwendung finden soll. Andererseits sollten durch Art. 19 Abs. 3bis URG auch die Einschränkungen durch den Eigengebrauch nach Art. 19 Abs. 3 URG auf die solchermassen erworbenen Werke keine Anwendung finden. So können Werke, die man gemäss Lizenzvertrag nutzen kann, in aller Regel vollständig kopiert werden und die Einschränkung nach Art. 19 Abs. 3 lit. a URG sollte für entsprechende Sachverhalte nicht gelten.

Mit der nun vorliegenden Version von Art. 19 Abs. 3bis URG wird eine lange Zeit geforderte Klärung erreicht, nämlich dass auch „erlaubte Vervielfältigungen“ unter diese Bestimmung fallen und nicht nur der erste Download. Allerdings wird ohne Not und aus der Sicht der Bibliotheken unerklärlich, die Bestimmung leider wiederum eingegrenzt auf den Art. 20 Abs. 3 URG und damit nur eine Mehrfachbelastung ausgeschlossen im Zusammenhang mit der Leerträgervergütung. D.h. mit der vorgeschlagenen Regelung müssten Bibliotheken, welche ihren Nutzern lizenzierte Zeitschriften, e-Books und andere elektronische Werke anbieten, trotz Lizenzverträgen, gemäss welchen der Download und das Vervielfältigen bereits vergütet ist, nochmals Kopiervergütungen nach Art. 20 Abs. 2 URG entrichten, was eine unzulässige Mehrfachbelastung darstellt. Art. 19 Abs. 3bis URG muss somit folgendermassen lauten: *„Vervielfältigungen, die beim Abrufen von erlaubterweise zugänglich gemachten Werken hergestellt werden, sowie weitere vertraglich erlaubte Vervielfältigungen sind von den Einschränkungen des Eigengebrauchs nach diesem Artikel sowie vom Vergütungsanspruch nach Artikel 20 Absatz 3 ausgenommen.“*

- Art. 22b URG Verwendung von verwaisten Werken

Wir begrüssen die neue Regelung zum Umgang mit verwaisten Werken ausdrücklich, empfehlen aber eine Registerpflicht der verwaisten Werke durch die Verwertungsgesellschaften und lehnen eine Einwilligungspflicht durch diese ab.

Die Ausweitung des bisherigen Art. 22b URG auf weitere Werkarten und zusätzliche Institutionen begrüssen wir sehr. Diese neue Regelung ermöglicht den Bibliotheken Werke unbekannter oder nicht mehr auffindbarer Urheber zu verwenden, insbesondere zu digitalisieren und der Öffentlichkeit online zugänglich zu machen. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass auch sog. eingebettete Werke innerhalb verwaister Werke von der Regelung erfasst sind und dass bei einem Statusverlust als verwaistes Werk, dieser nur für die Zukunft gelten wird, die Bibliotheken also vor rückwirkenden Vergütungen an die Urheber befreit sind. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, dass der Rechercheaufwand für die Nutzer erheblich ist, weshalb aus unserer Sicht wichtig wäre, dass die als verwaist qualifizierten Werke bzw. deren Urheber, in ein von der Verwertungsgesellschaft geführtes Register aufgenommen werden, damit nicht immer wieder nach den gleichen Urhebern gesucht werden

muss. Kritisch beurteilen wir die Einwilligungspflicht der Verwertungsgesellschaften, bisher galt nur eine Meldepflicht.

- Art. 24 Abs. 1bis URG Archivierungs- & Sicherungsexemplar

Wir begrüßen die Ausweitung des Art. 24 Abs. 1bis URG auf Sammlungen.

Die Erweiterung des Kreises der Gedächtnisinstitutionen in Art. 24 Abs. 1bis URG von „öffentlich zugängliche“ auf „öffentliche sowie öffentlich zugängliche“ Bibliotheken, Bildungseinrichtungen, Museen, Sammlungen und Archive wird von uns ausdrücklich begrüßt. Laut erläuterndem Bericht bezieht sich der Begriff der Öffentlichkeit „im ersten Fall auf öffentlich zugängliche Sammlungen (z.B. Bibliotheken, Museen, private Ausstellungen) und im zweiten Fall auf Institutionen mit öffentlicher Trägerschaft, die nicht zwingend öffentlich zugänglich sein müssen (z.B. Bundeskunstsammlung, Literaturarchive, Staatsarchive).“ Damit wird anerkannt, dass diese Institutionen auch dann wichtige und wertvolle Beiträge zur Erhaltung unseres kulturellen Erbes leisten, wenn die einzelnen Werkexemplare nicht ständig der Öffentlichkeit zugänglich sind. Diese äusserst erhaltenswerten und teilweise sehr umfangreichen, jedoch kaum bekannten Bestände gilt es zu sichern und der Erschliessung durch die Wissenschaft sowie für die Vermittlung zugänglich zu machen. Erfreulicherweise wurde dieser erweiterte Kreis der Gedächtnisinstitutionen nicht nur in Art. 24 Abs. 1bis URG, sondern wortgleich auch in den neu vorgeschlagenen Bestimmungen des Art. 24 e URG (Bestandesverzeichnisse) sowie Art. 22 b URG (Verwendung von verwaisten Werken) integriert.

- Art. 24d URG Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken

Wir begrüßen grundsätzlich die neue sogenannte Wissenschaftsschranke, lehnen allerdings die dafür geschuldete Vergütung ab.

Der Bundesrat anerkennt, dass es spezifische Regelungen für die Wissenschaft braucht und schreibt entsprechend im erläuternden Bericht zum Gesetzesentwurf, dass das „Vervielfältigungsrecht des URG (...) in der Forschung unerwünschte Barrieren“ verursache. Neben einem zwingenden Zweitveröffentlichungsrecht (mehr dazu siehe unten) ist insbesondere das Text und Data Mining (TDM) nach geltendem URG nicht in jedem Fall erlaubt, weshalb eine neue gesetzliche Schrankenregelung aus Sicht der Wissenschaft und Forschung sehr wünschenswert ist.

Kritisch aus unserer Sicht ist, dass die vorgeschlagene Schranke eine Vergütung nach sich zieht, was die Bibliotheken aus mehreren Gründen ablehnen. Durch die Vergütung ist eine vielfache Mehrfachvergütung gegeben, erstens werden mit öffentlichen Geldern die Wissenschaftler und Forscher entlohnt, welche im Rahmen ihrer Forschung publizieren, zweitens bezahlen die wissenschaftlichen Autoren in der Regel Publikationsgebühren an die Verlage, damit ihre Werke überhaupt verlegt werden, drittens lizenzieren die Hochschulen mit Mitteln der öffentlichen Hand die wissenschaftlichen Datenbanken, e-Journals und andere elektronische Medien (was als Grundlage für TDM erforderlich ist, ausser die entsprechenden Werke sind Open Access) und viertens soll für deren Nutzung im Rahmen von TDM noch einmal eine Vergütung mit öffentlichen Geldern bezahlt werden. Im Weiteren ist die entsprechende Schranke bzw. fair use und fair dealing in den anglo-amerikanischen Ländern vergütungsfrei. Eine Vergütung für die Wissenschaftsschranke in der Schweiz würde den Wissenschafts- und Forschungsstandort Schweiz daher benachteiligen. Und aus Praktikabilitätsgründen bezweifeln wir, dass in Zeiten von „Big Data“ der Nachweis aller

Urheber bzw. eine Vergütung an eine unüberschaubare Anzahl von solchen überhaupt möglich ist.

- Art. 24e URG Bestandesverzeichnis

Wir begrüßen die neue Schrankenregelung von Art. 24e URG Bestandesverzeichnis vollumfänglich.

Dass die von der AGUR12 empfohlene Vorschrift zum Bestandesverzeichnis nun Eingang in den Entwurf des Bundesrats gefunden hat, ist aus unserer Sicht sehr erfreulich und entspricht dem ausdrücklichen Wunsch der Bibliotheken. Die Wiedergabe der im Bestand von Bibliotheken und anderen Gedächtnisinstitutionen vorhandenen Werkexemplare in Bestandsverzeichnissen stellt einen wertvollen Beitrag zu der in der Kulturbotschaft des Bundes geforderten kulturellen Teilhabe breiter Bevölkerungskreise dar. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass diese Schranke vergütungsfrei ist.

- Art. 37a URG Rechte des Herstellers oder der Herstellerin von Pressefotografien

Ein neues Leistungsschutzrecht für Pressefotografen lehnen wir grundsätzlich ab.

Fotografien sind, sofern sie unter Art. 2 URG fallen geschützte Werke. Einen darüber hinausgehenden Leistungsschutz speziell für Pressefotografien ins URG aufzunehmen, drängt sich unserer Meinung nach nicht auf. Art. 37a Abs. 2 URG bringt im Weiteren keine Klärung bezüglich der Abgrenzung von geschützten und nicht geschützten Fotografien.

- 43a URG Freiwillige Kollektivverwertung

Wir begrüßen die neue Möglichkeit der freiwilligen Kollektivverwertung.

Grundsätzlich begrüßen wir die neue Möglichkeit als Nutzerin mit den Verwertungsgesellschaften Verträge über die Nutzung von umfangreichen Beständen abschliessen zu können, deren Verwertung nicht zwingend durch die Verwertungsgesellschaft erfolgen muss. Dies ermöglicht optimal Massendigitalisierungsprojekte von Beständen, ohne dass die Bibliotheken aufwändig die Rechte an den einzelnen Werken abklären müssen. Aus Nutzersicht ist allerdings die Formulierung von Art. 43a URG nicht ganz zufriedenstellend, da nicht konkret umschrieben wird, was erlaubt ist, somit ist fraglich, ob die freiwillige Kollektivverwertung auch tatsächlich zur Anwendung kommen wird, zumal diese auch nur gegen Vergütung erteilt und die Höhe der Vergütung nicht über gemeinsame Tarife festgelegt werden wird, sondern der Vertragsfreiheit unterliegt. Es wird sich zeigen, ob die Eidgenössische Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (ESchK) ihre Angemessenheitsprüfung im Sinne der Bibliotheken und anderen kulturellen Gedächtnisinstitutionen und ihrer Nutzer ausüben wird.

- Art. 51 Abs. 1bis URG

Ablehnung weiterer administrativer und finanzieller Mehraufwände für die Datenlieferung an die Verwertungsgesellschaften.

Aus Nutzersicht befürchten wir mit dieser Regelung zusätzliche und nicht abschätzbare administrative und finanzielle Mehraufwände. Die Verwertungsgesellschaften können auch ohne Gesetzesänderung, im eigenen Interesse, den Nutzern entsprechende Tools zur

elektronischen Datenübermittlung zur Verfügung stellen. Alternativ schlagen wir vor, dass die Verwertungsgesellschaften ihre Daten in elektronischer Form den Nutzern zur Verfügung stellen sollen.

- Art. 53 Abs. 1 URG Bundesaufsicht

Wir begrüßen die Erweiterung der Bundesaufsicht.

Wir begrüßen grundsätzlich die Präzisierung und Erweiterung der Bundesaufsicht über die Verwertungsgesellschaften. Aus unserer Sicht wäre allenfalls eine Unterstellung der Verwertungsgesellschaften unter das Öffentlichkeitsprinzip zusätzlich zu prüfen.

- Art. 62a und 62ff. URG Bekämpfung der Internetpiraterie

Bezüglich der Internetpiraterie verweisen wir auf die Stellungnahme des Dachverbandes der Urheber- & Nachbarrechtsnutzer (DUN), welcher wir uns anschliessen.

Weitere Forderungen:

- Zwingendes Zweitveröffentlichungsrecht für wissenschaftliche Werke

Wir unterstützen die Forderung der Universitäten und wissenschaftlichen Bibliotheken nach einem gesetzlich geregelten Zweitveröffentlichungsrecht für wissenschaftliche Werke, die von der öffentlichen Hand mindestens teilweise gefördert wurden.

Die Open Access-Strategien der Universitäten dienen nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Allgemeinheit und ermöglichen den Zugang und die langfristige Erhaltung von Wissen. Open Access ist aber nur zielführend umsetzbar, wenn (wissenschaftliche) Werke auch tatsächlich frei zugänglich veröffentlicht werden können. In diesem Sinn hat das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) Swissuniversities mit der Federführung für eine gesamtschweizerische Strategie Open Access beauftragt mit dem Ziel Open Access umfassend zu fördern und Kostentransparenz bei den öffentlichen Ausgaben im Bereich des wissenschaftlichen Publizierens zu schaffen. Wir unterstützen daher die Forderung der wissenschaftlichen Förderorganisationen wie dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und der Akademien der Wissenschaften Schweiz, von Swissuniversities, der einzelnen Universitäten und der Universitätsbibliotheken nach einem Zweitveröffentlichungsrecht, welches folgende Kriterien erfüllen muss:

- online Zugänglichmachen von wissenschaftlichen Werken, die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden
- in zitierfähiger Version („Verlagslayout“)
- innert nützlicher Frist nach der Erstveröffentlichung
- ohne weitere Vergütung an die Rechteinhaber

- Verkürzung der urheberrechtlichen Schutzfrist auf 50 Jahre

Wir fordern, dass die urheberrechtlichen Schutzfristen von heute 70 Jahren auf 50 Jahre verkürzt werden.

Es ist heute nicht einsehbar und nicht mehr zeitgemäss, dass nicht nur der Urheber selber, sondern auch noch zwei bis drei ihm nachfolgende Generationen bezüglich seines Werkes urheberrechtlich geschützt werden. Andere Länder, beispielsweise Japan, Neuseeland und Kanada kennen ebenfalls nur eine 50jährige Schutzfrist.

- Schutz vor Anmassung eines Urheberrechts an Werken in der public domain (sog. copy fraud)

Wir fordern besseren Schutz vor unrechtmässiger Anmassung von Urheberrechten an Werken in der public domain.

70 Jahre nach dem Tod des Urhebers werden Werke in der Schweiz gemeinfrei und damit frei verwendbar, beispielsweise können diese Werke digitalisiert und online gestellt, aber auch kommerziell genutzt werden. Zahlreiche solcher Werke werden mit dem Copyright-Zeichen © gekennzeichnet oder auch mit einer Creative Commons Lizenz oder Nutzungsbestimmungen versehen. Dies ist jedoch nicht erlaubt und bedeutet eine unrechtmässige Anmassung eines Urheberrechts. Gemäss erläuterndem Bericht zur URG-Revision könnte eine „vertiefte Prüfung des Regelungsbedarfs angezeigt“ sein, aus unserer Sicht der ist das ein Schritt in die richtige Richtung.

- Ausdrückliche Ausdehnung des Zitatrechts Art. 25 URG auf Bild-, Musik- und Filmwerke

Wir fordern eine ausdrückliche Klarstellung, dass nicht nur Textwerke unter das Zitatrecht nach Art. 25 URG fallen, sondern auch Bild-, Musik- und Filmwerke.

Längstens benötigen schulische und wissenschaftliche Arbeiten nicht mehr nur Textzitate, sondern auch Bild-, Musik- oder Filmzitate. Die überwiegende Mehrheit der Lehre subsumiert in der Zwischenzeit diese Zitate unter das Zitatrecht nach Art. 25 URG. Anders sehen das die Verwertungsgesellschaften, weshalb aus unserer Sicht eine diesbezügliche gesetzliche Klarstellung erforderlich ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der Interessen der Bibliotheken und der übrigen kulturellen Gedächtnisinstitutionen und ihrer Nutzer und Nutzerinnen.

Freundliche Grüsse

Gemeindebibliothek Goldach

Andreas Gehrig
Gemeinderat, Schulpräsident

Monika Eggenberger
Leiterin Gemeindebibliothek

Kopie z.K. an:

Per Mail: info@bis.ch

Per Post: Geschäftsstelle BIS, Bleichemattstrasse 42, 5000 Aarau

Revision_URG@ipi.ch

Stellungnahme zur Revision des Urheberrechtsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterstützen die Vernehmlassung des BIS und weisen nachfolgend gesondert auf die Problematik der vorgesehenen Gebühr oder Steuer auf kostenlosen Ausleihen von Bibliotheken hin. Sie verändert das geltende Verleihrecht, das sich seit Jahrzehnten bewährt hat, ohne Not.

Sie belastet vor allem die Budgets von Kantonen und Gemeinden als Träger der Bibliotheken oder als deren wichtigste Geldgeber; sie wird mit einer Richtlinie der EU begründet, die von vielen EU-Staaten nicht beachtet wird, und vor allem die Administration von Verwertungsgesellschaften aufbläht.

Die zusätzliche Belastung der Bibliotheken in der Schweiz wird dazu führen, dass sie ihre Dienstleistungen einschränken müssen. Das werden auch die Autorinnen und Autoren in der Schweiz zu spüren bekommen, die sich irrtümlich von der Verleihsteuer einen Vorteil versprechen.

Im Einzelnen möchten wir diese Feststellungen wie folgt vertiefen:

1. Das Verleihrecht des Schweizer Urheberrechtsgesetzes hat sich seit bald einem Jahrhundert bewährt: Auf kostenlosen Ausleihen zahlen die Bibliotheken keine Urheberrechtsabgaben, da sie damit auch keine Einnahmen erzielen. Bei der ebenfalls praktizierten Vermietlösung nehmen die Bibliotheken gemäss ihrem Bibliothekreglement Geld ein und zahlen darauf gemäss dem gemeinsamen Tarif 6a (GT) eine Urheberrechtsgebühr von 9 Prozent. Diese sogenannte Bibliothekstantièrne hat 2014 einen Betrag von 318'000 Franken zu Gunsten der Urheber ergeben.
2. Die Bibliotheken der Schweiz kaufen jährlich für fast 200 Mio. Franken Medien ein (elektronische nicht inbegriffen) und erwerben damit auch das Recht zur Ausleihe. Es kann davon ausgegangen werden, dass davon rund 20 Mio. Franken als Entschädigung an die Autorinnen und Autoren gehen, womit die Bibliotheken die grössten Kunden der Verlage und der Urheber sind. Ausserdem fördern die Bibliotheken die vor allem in der Schweiz lebenden Autorinnen und Autoren mit mindestens weiteren 3 Mio. Franken durch Honorare für Lesungen. Der erzielte Werbeeffect und die Direktverkäufe dieser Veranstaltungen sind in diesen Zahlen noch nicht inbegriffen.

3. Der Bericht des Bundesrates spricht auf Seite 86 nur von den Mehrkosten für den Bund und verschweigt, dass die Verleihsteuer vor allem die Kantone und die Gemeinden als Träger oder Subventionsgeber der Bibliotheken trifft. Von den rund 48 Mio. Ausleihen entfallen nämlich auf die Nationalbibliothek und die beiden eidgenössischen Hochschulen nur gerade 1,4 Prozent. Die Hauptlast von fast 99 Prozent tragen also Kantone und Gemeinden. Die Ausleihen von Schulbibliotheken der Volks- und Berufsschulen sind in diesen Zahlen noch gar nicht berücksichtigt. Erst auf Seite 90 spricht der Bericht Klartext: «Die Einführung eines Verleihrechtes wird die Budgets der Bibliotheken in der Schweiz belasten.»
4. Der Bericht stellt fest, die Schweiz habe bisher auf eine Verleihsteuer verzichtet, weil sich die Belastung der Bibliotheksbudgets zum Nachteil von jungen Autoren und Nischenautoren auswirken könnte. Der Bundesrat rechtfertigt seine Kehrtwende damit, diese Befürchtung scheine sich in den Nachbarstaaten nicht bewahrheitet zu haben. Fakt ist, dass in diesen Nachbarstaaten die Verleihsteuer von der zentralen Staatskasse oder Bundesländern bezahlt wird, also eben gerade nicht von den Bibliotheken selber. Diese zentralistische Lösung ist in der föderalen Schweiz nicht denkbar.
5. Im Bericht findet sich kein Vorschlag, wie hoch die Verleihsteuer ausfallen soll und von wem sie wie festgelegt würde. Warum wird beispielsweise auf Deutschland verwiesen? Ferner wird eine Berechnung des Bundesrates zur letzten Urheberrechtsrevision von 1989 erwähnt, die vor über 25 Jahren mit einer Grössenordnung von 1,4 Mio. Franken gerechnet hat. Tatsächlich würde der in Deutschland angewandte Tarif über 2 Mio. Franken an zusätzlichen Kosten für die Bibliotheken mit sich bringen.
6. Die Gemeinkosten für Ausleihen von Bibliotheken betragen heute 3 bis 5 Franken pro Exemplar. Wenn auf diesem Aufwand als Steuersatz der heutige GT6a für Vermietung angewendet, so würden pro Ausleihe zusätzliche Kosten von 36 Rappen anfallen. Bei 48 Mio. Ausleihen ergäbe das einen zusätzlichen Aufwand für die öffentliche Hand von rund 17,2 Mio. Franken. Die Kosten der Bibliotheken für die Abgeltung von Urheberrechten würden sich damit fast verdoppeln.
7. Es scheint uns nicht statthaft, über eine Verleihsteuer zu befinden, zu deren Höhe keine konkreten Angaben vorliegen. In unserem Fall würden die 65'000 Ausleihen gemäss obigen Ausführungen bei 36 Rappen 23'400 Franken betragen, was 78 Prozent unseres Medienbudgets entspricht. Ohne zusätzliche Subventionierung wird die Verleihsteuer dazu führen, dass unsere Bibliothek weniger Bücher kaufen kann, ihre Öffnungszeiten einschränken muss, die Anzahl von Autorenlesungen reduziert oder auf andere Beiträge zur Leseförderung verzichten müsste.
8. Die Einführung einer Verleihsteuer scheint uns vor allem zu einem administrativen Leerlauf zu führen. Die Einnahmen, die sich Autorinnen und Autoren davon versprechen, werden zum grossen Teil für die Erhebung, Auswertung und Verteilung benötigt. Allein die Pro Litteris weist heute Verwaltungskosten von 25 Prozent (!) auf. Die Erhebung der Ausleihzahlen in allen Bibliotheken ist darin noch nicht inbegriffen – eine Unterscheidung zwischen urheberrechtlich geschützten und gemeinfreien Werken ebenfalls nicht. Aus diesen Gründen ist ein Verzicht auf eine Verleihsteuer dringend geboten, denn ihre Ermittlung wird zu weiteren Kosten für administrativen Aufwand bei den Bibliotheken führen.
9. Die AGUR 12 hat keine Empfehlung zur Einführung einer Verleihsteuer gemacht. Trotzdem «will der Bundesrat diesen Regelungsvorschlag prüfen», weil sich die wirtschaftlichen Bedingungen für die

Urheber verschlechtert hätten, wofür allerdings keine Belege vorgelegt werden. Hauptmotiv scheint die Richtlinie der EU zu sein, die ursprünglich aus dem Jahre 1992 stammt. Dazu ist festzuhalten, dass die Schweiz weiterhin nicht der EU angehört. Zweitens stellte die EU selber 2002 fest, dass in sieben Staaten diese Richtlinie nicht eingehalten oder verletzt werde. Drittens erklärte sich 2015 die zuständige Stelle in Brüssel nicht in der Lage, zur aktuellen Situation bezüglich Einhaltung dieser Richtlinie innerhalb der EU eine Aussage machen zu können.

10. Fakt ist, dass die Einführung einer Verleihsteuer aufgrund der internationalen Abkommen dazu führen wird, dass ein Grossteil der Einnahmen an ausländische Verlage und Bestsellerautoren gehen wird, die am wenigsten unter einer allfälligen Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen zu leiden haben. Die in der Schweiz lebenden Autorinnen und Autoren werden nur marginal profitieren, aber sie werden die Konsequenzen von kleineren Budgets bei Bibliotheken am meisten zu spüren bekommen. Wirtschaftliche Analysen zeigen nämlich, dass der Aufwand für Lesungen im Vergleich zum Publikumsaufkommen in der Regel in keinem Verhältnis steht zu Aufwand und Ertrag der ordentlichen Bibliotheksaufgaben.

Die Einführung einer Verleihsteuer ist aus diesen Erwägungen abzulehnen. Selbst eine minimale Belastung verursacht Schäden im Bibliothekssystem, stellt die Leseförderung als wichtige Aufgabe der Bibliotheken in Frage, führt zu einem unverantwortlichen bürokratischen Aufwand und begründet einen neuen Umverteilungsmechanismus, der die Administration aufbläht, ohne wirklich Literaturförderung zu bewirken.

Freundliche Grüsse

Gemeindebibliothek Goldach

Andreas Gehrig
Gemeinderat, Schulpräsident

Monika Eggenberger
Leiterin Gemeindebibliothek

Kopie z.K. an:

Per Mail: sab@sabclp.ch

Per Post: Geschäftsstelle SAB/CLP, Bleichemattstrasse 42, 5000 Aarau